

## Die allgemeine Wirtschaftskrise

Es gibt keine allgemeine Überproduktion. Was irrigerweise so bezeichnet zu werden pflegt, ist lediglich eine ungenügende Gesamtnachfrage. Der immer vorhandene Bedarf ist entweder ungenügend mit Geld versehen und kann daher nicht zur wirksamen Nachfrage werden, oder seine Befriedigung wird aus anderen Gründen hinausgeschoben. Die Geldseite der Wirtschaft, die Größe Geldmenge ( $G$ )  $\times$  Umlauffrequenz ( $f_U$ ) erweist sich manchmal als unzureichend. Entweder ist die emittierte Geldmenge oder die effektive Umlauffrequenz ( $f_U = \text{BIP} / \text{Zentralbank-Geldmenge}$ ) des Geldes ungenügend – häufig beides. Nicht weil kein Bedarf mehr vorhanden ist, nicht weil zuviel erzeugt wird, sinkt der Durchschnitt der Warenpreise, tritt eine allgemeine Wirtschaftskrise ein, sondern weil der Geldumlauf ungenügend ist. Das Geld wird zurückgehalten, es streikt. Bei einer Wirtschaftskrise verhält es sich ähnlich wie wenn im Eisenbahnverkehr plötzlich ein Teil der Güterwagen stillgelegt würde, während die restlichen Wagen mit verminderter Geschwindigkeit umlaufen und daher nicht imstande sind, den Verkehr zu bewältigen. Auf der Geldseite, nicht auf der Wareseite, wie die Planwirtschaftler glauben, liegt die Ursache der allgemeinen Wirtschaftskrisen.

Wann tritt nun eine allgemeine Wirtschaftskrise ein? Wie kommt es zu dem bereits erwähnten ungenügenden Geldumlauf? Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die Krise wird entweder durch eine Geldverknappung oder durch eine Umlaufhemmung ausgelöst.

Im ersteren Fall führt eine Geldverknappung des Emissionsinstituts zu einem Preisfall, sei es, dass es Geld aus dem Verkehr zieht, sei es, dass es bei einer Ausweitung der Produktion nicht die zur Aufrechterhaltung einer stabilen Preisebene erforderliche zusätzliche Geldmenge in den Verkehr gibt. Ein sinkender Preisstand ist aber für die Wirtschaft ein lähmendes Gift, weil er bewirkt, dass sich die Nachfrage in Erwartung noch weiter fallender Preise zurückzieht. „Das ist das Gesetzmäßige der Nachfrage, dass sie verschwindet, wenn sie ungenügend ist“ sagt Gesell und knüpft daran die Forderung: „Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen!“. Bei allgemein sinkenden Preisen wird der Geschäftsbetrieb rechnerisch unmöglich, weil jeder Kaufmann an seinen Vorräten verliert. Infolgedessen stockt der Geschäftsverkehr, die Investitionen unterbleiben, Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Die Arbeitslosen scheiden als Verbraucher zum Teil aus, was zu weiteren Entlassungen führt. So treibt ein Keil den anderen.

Im zweiten Fall wird die Wirtschaftskrise von einer Umlaufhemmung des Geldes, von einem Geldstreik ausgelöst. Die Ursache ist ein gesunkener Sachkapitalzins (Rendite). Das Anlage suchende Geld wird nur solange investiert, wie die Rendite den Urzins des Geldes nicht unterschreitet. Droht die Rendite unter den Urzins zu sinken, dann streikt das Geld, es kommt zu einem Preisverfall mit den bereits geschilderten Folgen. Da es sich bei dieser Art der Krisen um eine wiederkehrende Erscheinung handelt, spricht man von zyklischen Krisen, von einem Konjunkturzyklus.

### a) Der Konjunkturzyklus

Unter einer zyklischen Bewegung versteht man einen aus einer Aufwärts- und Abwärtsbewegung zusammengesetzten Vorgang, der sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit

wiederholt, - auf wirtschaftlichem Gebiet den rätselhaften Wechsel zwischen Wirtschaftsauf- und -abstieg, zwischen Konjunktur und Krise. Nachdem die Gelehrten durch Jahrzehnte hindurch alle möglichen Ursachen (ja sogar die Sonnenflecken) für diese Veränderungen verantwortlich gemacht hatten, darf heute wohl das Rätsel des Konjunkturzyklus als gelöst angesehen werden. Nach der Auffassung von Silvio Gesell und John Maynard Keynes ist vor allem die Art, wie der Sachkapitalzins schwankt, für den Ablauf des Konjunkturzyklus entscheidend.

Wenn im Verlauf einer Konjunkturperiode Handel und Wandel gedeihen, fleißig gearbeitet, gespart und investiert wird, vermehrt sich der Bestand an Sachkapitalien. Es entstehen neue Fabriken, Wohnhäuser, Hotels, Kraftwerke, Eisenbahnen, mit dem Ergebnis, dass infolge der gesteigerten Konkurrenz ihr Ertrag – die Rendite – allmählich sinkt. Die sinkende Rendite hat zweierlei Wirkung: eine soziale und eine wirtschaftliche. In sozialer Hinsicht bedeuten sinkende Zinserträge steigende Reallöhne. Ein Teil des arbeitslosen Kapitaleinkommens wandelt sich in Lohn Einkommen um. Der Lohn steigt auf Kosten der Rendite.

Das ist zwar eine vom sozialen Standpunkt begrüßenswerte Entwicklung, sie pflegt aber nicht lange zu währen, denn auf der anderen Seite mobilisiert der sinkende Zins diejenigen Kräfte, die den Wirtschaftsaufschwung alsbald abbremsen. Erreicht die Senkung des Zinsniveaus die gewisse, etwa bei 2,5 Prozent liegende kritische Grenze, so wird dadurch zwangsläufig und automatisch der Wirtschaftsaufstieg unterbrochen und es beginnt sich der Abstieg vorzubereiten. Das Geld verweigert die Investition, es streikt. Ein niedriger Zins bietet nicht mehr genügend Anreiz, um den Geldbesitzer zu bewegen, sich von seinem schönen Geld zu trennen. Es siegt die verhängnisvolle „Vorliebe für Liquidität“. Das „faule Geld“ (idle money) lungert dann in den Banken herum, die große „Geldflüssigkeit“ verzeichnen. Als Folge des beginnenden Geldstreiks pflegt es zuerst im Baugewerbe, den Produktionsmittelfabriken und Schlüsselindustrien zu Betriebseinschränkungen zu kommen. Sobald erst die Preise weichen, beteiligt sich auch der kleine Mann an der „Flucht ins Geld“. Hat zuerst der gesunkene Zins die Investitionen eingeschränkt, so tut der allgemeine Preisabbau das seine, um sie ganz und gar zu verhindern. Wird schon niemand sein Geld in eine Fabrik investieren, die nicht zumindest eine Rendite in der Höhe des Geldzinsfußes abzuwerfen verspricht, so erst recht nicht, wenn diese Fabrik nächstes Jahr wesentlich billiger zu haben sein dürfte.

Aber auch jeder Geschäftsbetrieb, jedes Auf-Lager-Arbeiten steht bei sinkenden Preisen unter Strafsanktion. Wer bei sinkenden Preisen investiert, verstößt gegen seinen Eigennutz, schädigt sich selbst.

## **b) Eigennutz gegen Gemeinnutz**

Andererseits schreit das Heer der Arbeitslosen nach Arbeit. Es steht daher der Eigennutz des einzelnen, der nicht investiert, weil er sich nicht selbst schädigen will, den Interessen der Allgemeinheit entgegen, die auf diese Investitionen unbedingt angewiesen ist. Es ist kennzeichnend für jede Währungspuscherei, dass sich augenblicklich Eigennutz und Gemeinnutz feindlich gegenüberstehen. In diesem Widerstreit siegt, wie wir wissen, stets der Eigennutz. In diesem Zusammenhang ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Unternehmer, der seinem Eigennutz gehorchend nicht investiert, weil er sich nicht selbst

schädigen will, unsittlich handelt, da er doch durch sein Verhalten dazu beiträgt, die allgemeine Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Das Vorgesagte erhellt, dass er natürlich nicht unsittlich handelt.

Man kann von ihm nicht verlangen, dass er sich selbst bewusst schädigt, um anderen doch nicht helfen zu können, denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Er kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass entweder das Emissionsinstitut plötzlich Geldverknappung betreibt oder infolge der Streikfähigkeit des heutigen Geldes der Sachkapitalzins nicht unter die kritische Grenze der Liquiditätsverzichtsprämie (Urzins) zu sinken vermag. Das alles hat weder mit Sittlichkeit noch mit bösem Willen etwas zu tun, sondern ist eine ganz natürliche Reaktion auf einen rein technischen Mangel unseres Geldwesens. Wenn schon die Frage der Sittlichkeit gestellt wird, so wäre sie an die Regierungen, an die amtlichen Fachleute und die Leitungen der Emissionsinstitute zu richten, die die Bedeutung einer stabilen Warenpreisebene noch immer nicht erkannt haben und nichts unternehmen, um die Geldversorgung der Wirtschaft den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen, d. h. „Moral in der Geldausgabe“ (Irving Fisher) zu beweisen.

Sobald es kriselt, zieht sich das Geld vom Kreditmarkt zurück. Es wird rar, Kredite werden gekündigt, Bankrotte sind an der Tagesordnung, die Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Sparsamkeit in der falschen Form der Hortung des Geldes ist Trumpf, mit dem Ergebnis, dass das Geld noch langsamer umläuft.

Auch die Verbraucher schränken ihre Ausgaben ein, verschieben ihre Einkäufe an entbehrlichen Dingen, in der Hoffnung, in Kürze billiger kaufen zu können. In den Produktionsstätten und Warenlagern häufen sich die unverkäuflichen Waren, während schlecht gekleidete Menschen in unzureichenden Wohnungen hausen. Es zeigt sich das tragikomische Bild der Not im Überfluss. Wer noch eine Beschäftigung hat, wird beneidet. In solchen Zeiten knurren sich die Menschen an wie hungrige Hunde.

Die Werte schaffende Arbeit, diese einzige Quelle des Wohlstands, wird durch den Geldstreik lahm gelegt. Fleiß, Erfindungsgeist, Sparsamkeit, Wohlstand graben sich im Konjunkturzyklus selbst ihr Grab, führen zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit, Armut und Not. Es liegt eine tiefe Tragik in diesem Zusammenhang. Je fleißiger, erfindungsreicher und sparsamer die Arbeitenden sind, umso früher sinkt der Sachkapitalzins unter die Rentabilitätsgrenze, umso früher müssen Geldstreik und Wirtschaftskrise eintreten. Die Fruchtbarkeit der Erde, der Reichtum der Natur, der Segen der Arbeit verwandeln sich unter dem herkömmlichen Geldwesen (und Bodenrecht) zu einem Fluch. *„Das Geld schafft das Proletariat, nicht weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil es das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu verschaffen“* sagt Gesell. Es ist das Unglück der Arbeitenden, dass ihnen im Kapitalismus dauernd ein Teil ihres Arbeitsertrages vorenthalten wird und in die Taschen der Zinsbezieher fließt. Aber es ist der Gipfelpunkt der Tragödie, dass sie nur deshalb in die Not fast dauernder Unterbeschäftigung gestoßen werden, weil die Zinsbezieher das ihnen zufließende arbeitslose Einkommen, soweit nicht zum Verbrauch bestimmt, nur dann investieren, wenn neuer Zins winkt.

In völliger Verkennung der Krisenursache spricht man von einer allgemeinen „Überproduktion“ als Folge der „planlosen“ und „chaotischen“ „freien“ Wirtschaft und versucht

durch „Planwirtschaft“ dem Preisverfall Einhalt zu gebieten. Man versucht die Erzeugung dem geschrumpften Geldumlauf anzupassen, senkt durch Notverordnung Preise und Löhne (Regierung Brüning 1930) und wertet dadurch lediglich alle Schulden auf; man erschwert den Zugang zu den verschiedenen Berufen (Gewerbesperre), schränkt von Amtswegen den Wettbewerb ein; man verkleinert zwangsweise die Anbauflächen für landwirtschaftliche Produkte – den Vogel schoss D. Roosevelt ab, der den Nichtanbau von Baumwolle aus Steuergeldern honorieren ließ (!); man monopolisiert zwecks Preisstützung den Ankauf von Getreide durch den Staat und vernichtet es zum Teil; man tötet in Australien eine Million Schafe und verscharrt sie samt der Wolle, man verheizt Weizen in Lokomotiven, macht Kaffee ungenießbar und versenkt ganze Ernten ins Meer. Nur die Anpassung des Geldumlaufs an die Bedürfnisse der Wirtschaft, die wird nicht durchgeführt.

In solchen Zeiten schreit - nein, brüllt - alles nach der „starken Hand“, nach einem Führer. Das war schon so, als im alten Athen im Verlauf einer Wirtschaftskrise der weise Solon zum Gesetzgeber mit allen Vollmachten eines Diktators bestellt wurde und war nicht anders in der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise, in der allgemein die Vollmachten der Regierungen totalitäre Formen annahmen. Erst wenn die Arbeitslosigkeit lang genug gedauert hat, um das Sachkapital durch das Wachstum der Bevölkerung, natürlichen Verschleiß usw. so zu verknappen, dass die erwartete (nicht tatsächliche) Rendite den Geldzinsfuß übersteigt, oder wenn durch Kriegsrüstungen usw. das Rentabilitätsprinzip wieder hergestellt ist, lässt sich das Geld auf neue Investitionen ein und gibt den Weg frei für einen neuen Aufschwung. Der Zyklus wiederholt sich. Er bedeutet dauernde Massenarmut.

Otto Valentin (aus „Die Lösung der Sozialen Frage“, 1952)

Von allen bisherigen, durch eine seit jeher fehlerhafte Geld- und Bodenordnung ausgelösten allgemeinen Wirtschaftskrisen unterscheidet sich die gegenwärtige „Finanz- und Schuldenkrise“ dadurch, dass der Krieg – zwecks umfassender Sachkapitalzerstörung, um den Zinsfuß hochzuhalten – nur solange der Vater aller Dinge sein konnte, wie es noch keine Atomwaffen gab. Ohne die atomare Abschreckung wäre es etwa in den 1980er Jahren zum 3. Weltkrieg gekommen. Auf der anderen Seite hat darum heute, durch das Ausbleiben dieser „überfälligen Sachkapitalzerstörung“, die systemische Ungerechtigkeit der Zinsumverteilung von der Arbeit zum Besitz – sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch zwischen den Staaten – ein nie da gewesenes Ausmaß erreicht.

Damit stehen wir am Ende des zivilisatorischen Mittelalters vor der größten anzunehmenden Katastrophe der Weltkulturgeschichte, der globalen Liquiditätsfalle (Armageddon), die auch ohne Atomkrieg unsere ganze „moderne Zivilisation“ auslöschen kann – und zwar umso schneller, je länger der finale [Zusammenbruch des Geldkreislaufs](#) zuvor von der „hohen Politik“ durch rigorose Ausbeutung der „3. Welt“ (Die Zinszahlungen der Entwicklungsländer an die Industrienationen übersteigen die gesamte Entwicklungshilfe um das Dreißigfache!), Erhöhung der Staatsverschuldungen und Geldmengenausweitungen hinausgezögert wurde!

Stefan Wehmeier  
[www.deweles.de](http://www.deweles.de)